

Bundesministerium des Innern
und für Heimat
Herrn Frank Rüdiger Srocke
Referat DV11
Salzufer
11014 Berlin

E-Mail: DV11@bmi.bund.de



Bundessteuerberaterkammer
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

**Abt. Steuerrecht und
Rechnungslegung**

Unser Zeichen: He/Ze
Tel.: +49 30 240087-60
Fax: +49 30 240087-77

E-Mail: steuerrecht@bstbk.de

3. März 2023

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer
Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)
Gz.: DV11.17000/36#6**

Sehr geehrter Herr Srocke,

für die Übersendung des oben bezeichneten Gesetzentwurfs bedanken wir uns und nehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme gern wahr. Bevor wir im Folgenden auf einzelne die Steuerberaterkammern und damit den Berufsstand der Steuerberater betreffende Punkte eingehen, möchten wir einige grundsätzliche Anmerkungen vorausschicken.

A. Vorbemerkung

Mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung ist zu begrüßen, dass mit dem OZG-ÄndG das Ziel, eine einfache, moderne und digitale Verfahrensabwicklung zu schaffen, verfolgt werden soll. Auch wenn im Bereich des Steuerwesens bereits erhebliche Digitalisierungserfolge, wie beispielsweise die Schaffung der Steuerberaterplattform sowie des ELSTER-Systems, zu verzeichnen sind, ist von einer vollumfänglichen Digitalisierung steuerlicher Prozesse noch nicht zu sprechen. Um auf diesem Weg weiter voranschreiten zu können, ist die Digitalisierung der Verwaltung von wesentlicher Bedeutung. Mit dem Onlinezugangsgesetz wurde bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung gesetzt, jedoch wurde das angestrebte Ziel, die bundesweit flächendeckende Digitalisierung von 575 Verwaltungsleistungen, leider weit verfehlt.

Mit der Inbetriebnahme der Steuerberaterplattform und des besonderen elektronischen Steuerberaterpostfachs (beSt) am 1. Januar 2023 setzt die Bundessteuerberaterkammer (BStBK) einen weiteren Meilenstein auf dem Weg hin zu einem völdigitalisierten Steuerwesen. Denn die Steuerberaterplattform stellt dem Berufsstand der Steuerberater nicht nur eine digitale Infrastruktur zur Verfügung, sondern schafft auch die Voraussetzung für OZG-konforme Portalangebote durch die Bundes- und Regionalkammern. Durch eine einheitliche Berufsträgeridentität eines Nutzerkontos auf der Steuerberaterplattform wird dem Berufsträger der Zugang nicht nur zu OZG-Diensten seiner Regionalkammern, sondern auch zu OZG-Diensten von Bund, Ländern und Behörden, sowie perspektivisch auch zu Diensten der Wirtschaft im Auftrag seines Mandanten ermöglicht. Dabei kann er bei allen Diensten dasselbe Authentisierungsmedium, den Personalausweis mit Online Ausweisfunktion, verwenden (Single Sign On).

Um das Vorhaben, die Verwaltungsdigitalisierung flächendeckend umzusetzen, ohne die Bedürfnisse des Berufsstandes der Steuerberater dabei außer Acht zu lassen, müssen aus Sicht der BStBK die nachfolgenden Punkte im OZG-ÄndG Beachtung finden, insbesondere müssen **Intermediäre** sowie **die Steuerberaterplattform** im OZG-Änderungsgesetz beachtet werden:

1. Dringend notwendig für den Berufsstand der Steuerberater ist deshalb die **Schaffung einer Identitätsföderation zwischen Steuerberaterplattform und Organisationskonto**, um Identitätsinformationen auszutauschen. Anderenfalls gelingt es dem Berufsstand nicht über das Organisationskonto beispielsweise den Nachweis der Vollmacht oder der Berufsträgereigenschaft zu erbringen. Bedauerlicherweise sind im OZG-ÄndG Intermediäre, die außerhalb der Organisation stehen, nicht mitgedacht worden. Es bedarf daher dringend eines **Konzeptes zur Regelung der Rechte und Rollen der Intermediäre**.
2. Von wesentlicher Bedeutung ist eine **einheitliche Regelung hinsichtlich der Ersetzung des Schriftformerfordernisses beim Nachrichtenversand aus den verschiedenen elektronischen Postfächern**. Nur so kann es gelingen, einen einstimmigen und in sich logischen Standard in diesem Kontext zu schaffen.
3. Statt die OZG-Frist ersatzlos zugunsten einer noch zu regelnden Schwerpunktsetzung zu streichen, sollte ein **Anreizsystem geschaffen werden**, um die Motivation und damit die Leistung zu steigern.
4. Ferner gilt es, die weitere Digitalisierung des Steuerwesens für Steuerpflichtige als Chance zu verstehen und dafür übergreifende und **nutzerfreundliche Digitalisierungsstandards zu schaffen**. Bei der Entwicklung dieser Standards muss dringend darauf geachtet werden, sich von alten Strukturen zu verabschieden und die Prozesse stattdessen – unter dem Aspekt der Effizienz und Nutzerfreundlichkeit – neu zu überdenken.
5. Darüber hinaus ist aus Sicht der BStBK eine **Digitalisierung im Backend** von wesentlicher Bedeutung, um Prozesse digital vollziehen und damit zu beschleunigen zu können.

B. Im Einzelnen:

I. Identitätsföderation zwischen der Steuerberaterplattform und dem Organisationskonto

In einer zunehmend digitalisierten Welt liegt es im Interesse des Steuerberaters, dass seine besondere Stellung als Organ der Steuerrechtspflege auch bei der Nutzung von Online-Diensten oder beim Versenden von Nachrichten rechtssicher und für alle Partner erkennbar und nachvollziehbar nachgewiesen werden kann. Dies wird durch die Verknüpfung der persönlichen, digitalen Identität mit dem Berufsträgerattribut aus dem Berufsregister erreicht. Diese Identität ist gleichzeitig Basis für das beSt als auch für die Nutzung von OZG-Diensten und damit der Interaktion im digitalen Umfeld.

Das Organisationskonto bestätigt zwar die Zugehörigkeit zu einem Unternehmen, jedoch gerade nicht das Attribut der Berufsträgereigenschaft oder das Bestehen eines Mandats- oder Vertretungsverhältnisses, da bei der Verwendung eines solchen Kontos durch den Berufsträger seine herausgehobene Vertrauensstellung nicht dokumentiert bzw. nachgewiesen werden kann. Aus diesem Grund ist bei einem Berufsträger die reine Identifizierung der Person nicht ausreichend; es bedarf auch einer sicheren Bestätigung der Eigenschaft als Steuerberater.

Das OZG-ÄndG sieht in dem neuen § 9a Abs. 2 OZG-ÄndG leider keine direkte Identifizierung über die Steuerberaterplattform nach § 4 StBPPV vor. Diese soll lediglich im Bürger- und Organisationskonto möglich sein.

Aus diesem Grund bedarf es aus Sicht der BStBK zwingend der Schaffung einer Identitätsföderation zwischen der Steuerberaterplattform und dem Organisationskonto.

Dazu muss dringend geklärt werden, wie sich die Steuerberaterplattform in diesem System positioniert. Der Steuerberater ist, ähnlich wie beispielsweise Rechtsanwälte, Architekten, Insolvenzverwalter u. a., in Mandatsangelegenheiten tätig, daher ist es unbedingt notwendig im OZG-ÄndG Intermediäre, die außerhalb einer Organisation stehen, zu berücksichtigen. Da der Entwurf jedoch die Konstellation der Intermediäre außer Acht lässt, werden konsequenterweise auch die Folgeprobleme, wie der Vollmachtnachweis, Berufsträgnachweis, Vertretungsnachweis etc., nicht berücksichtigt.

Dennoch müssen Steuerberater für ihre Mandanten tätig werden können. Wird als Intermediär, im fremden Namen für den Mandanten gehandelt, müsste mittels einer Schnittstelle eine Verzahnung zu dem Register hergestellt werden, welches die entsprechende Legitimation ableitet. Bei den Steuerberatern wäre das eine Schnittstelle zu der Steuerberaterplattform und damit zum Berufsregister der Steuerberater. Auf diese Weise gelingt es beispielsweise Vollmachten über die Steuerberaterplattform nachzuweisen.

Die Steuerberater stellen hier lediglich einen Teil eines weitreichenden Anwendungsfeldes dar, insbesondere sind hiervon auch gesetzliche Vertretungsfälle im Privatrecht betroffen (Betreuung etc.).

Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, bei den Teilnehmern im digitalen Ökosystem die Bereitschaft zu erzeugen, die Steuerberaterplattform auch nutzen zu wollen. Dazu ist eine Regelung im OZG-ÄndG, welche diese Identitätsföderation vorsieht, unverzichtbar.

Nur mit der Aufgeschlossenheit der Teilnehmer, Plattformen wie diese nutzen zu wollen, können solche Systeme im Sinne notwendiger Erleichterung für Verwaltung und Steuerpflichtigen über den Status eines E-Mail-Systems mit Signaturmöglichkeit hinauswachsen. Genau diese Synergien sollte das OZG-ÄndG unterstützen, anstatt sie zu unterbinden.

Die BStBK erachtet daher sowohl eine Identitätsföderation zwischen der Steuerberaterplattform und dem Organisationskonto als auch die Schaffung eines Rechtekonzeptes für Intermediäre, die außerhalb von Organisationen stehen, für dringend erforderlich.

II. Einheitliche Übermittlung der verschiedenen elektronischen Postfächer

Positiv hervorzuheben ist, dass der Entwurf die Rolle der Postfachfunktion der Nutzerkonten stärkt und insbesondere eine bidirektionale Kommunikation vorsieht.

Bedauerlicherweise geht der Entwurf aber nicht auf das Verhältnis der Postfächer in Bund-ID und Organisationskonto einerseits und der für den elektronischen Rechtsverkehr bestimmten Postfächer andererseits ein, die einen sicheren Übermittlungsweg darstellen.

So soll die Übermittlung aus einem Organisationspostfach an eine Behörde schriftformersetzend wirken; während der Versand aus einem beA oder beSt an ein beBPo nicht schriftformersetzend ist (§ 3a VwVfG). Gegenüber den Gerichten wirkt der Versand aus diesen Postfächern schriftformersetzend (§ 130a der Zivilprozessordnung (ZPO), § 46c des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG), § 65a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG), § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und § 52a der Finanzgerichtsordnung (FGO)).

Hier sollte dringend eine Regelung für eine einheitliche Übermittlung der verschiedenen Postfächer angestrebt werden.

III. Schaffung eines Anreizsystems

Für eine effiziente Zielumsetzung bedarf es einer klar strukturierten und verbindlichen Herangehensweise mit fühlbaren Konsequenzen sowie einem Anreizsystem, um sowohl Motivation als auch Leistungen zu optimieren. Ein erster Schritt in diese Richtung stellt die Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen dar.

IV. Schaffung übergreifender Digitalisierungsstandards unter dem Aspekt der Nutzerfreundlichkeit

Die Schaffung neuer, übergreifender digitaler Standards muss stets unter dem Aspekt der Effizienz und Nutzerfreundlichkeit erfolgen. In diesem Kontext ist zu begrüßen, dass in der Weiterentwicklung des OZG an die arbeitsteilige Zusammenarbeit von Bund und Ländern – mit Blick auf eine einfache, moderne und digitale Verfahrensabwicklung – angeknüpft werden soll. Zudem wird die Evaluierungsklausel sowie das Dashboard digitale Verwaltung als äußerst zielführend erachtet. Letzteres zeigt monatlich den Fortschritt der OZG-Umsetzung an und soll laut Gesetzesbegründung zu einer begleitenden Evaluierung ausgebaut und verstetigt werden. Wichtig dabei ist die schriftliche Aufzeichnung und das systematische Sammeln, Bewerten und Verdichten von Erfahrungen, Entwicklungen, Hinweisen, Fehlern und Risiken, insbesondere hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit. Um die Stellung der Nutzerfreundlichkeit nochmals hervorzuheben, erachtet es die BStBK als sinnvoll, § 12 OZG-ÄndG mit § 7 OZG-ÄndG zu verknüpfen.



V. Digitalisierung im Backend

Die Verwendung von Papier sollte in (steuerlichen) Prozessen keine Rolle mehr spielen. Belege und Bescheide sollten voll digital sein und steuerliche Prozesse medienbruchfrei abgewickelt werden. Aus diesem Grund ist die Digitalisierung im Backend von wesentlicher Bedeutung. Das Frontend vereinfacht und abstrahiert Daten und Prozesse des Backends, indem diese nutzerfreundlich dargestellt werden. Das OZG-ÄndG regelt zwar den Zugang zu Verwaltungsleistungen, mit welchem Nutzer*innen interagieren (Frontend) aber vernachlässigt die für die Nutzenden nicht zugänglichen Anwendungen (Backend). Hier sollte ein einheitlicher Prozess angestrebt werden, denn Digitalisierung bedeutet mehr als Frontend.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Kalina-Kerschbaum
Geschäftsführerin

i. A. Tania Hellwig
Referentin